

Sparen könnte teuer sein

Zürcher Kantonsrat bewilligt 79 Millionen für Berufsfachschul-Neubau und bodigt Kürzungsantrag von rechts.

Matthias Scharrer

Ginge es nicht auch billiger? Dies fragten SVP und FDP, als der Kantonsrat den Kredit von 79 Millionen Franken für den Neubau der Berufsfachschule Winterthur behandelte. Sie forderten eine Kürzung um 3,75 Millionen Franken. Doch die Mehrheit hielt davon nichts. Sie bewilligte am Montag die vom Regierungsrat beantragten 79 Millionen.

In dem geplanten Gebäude sollen künftig täglich 1100 Lernende in den Bereichen Detailhandel und soziale Berufe unter einem Dach zur Schule gehen. In den letzten zwei Jahrzehnten hatte der Kanton aufgrund des Bevölkerungswachstums immer mehr zusätzliche Gebäude anmieten müssen – daher ist die Schule heute auf sieben Gebäude im ganzen Winterthurer Stadtgebiet verteilt. Dies erschwere eine effiziente Nutzung, argumentierte der Regierungsrat. Geplant ist nun ein Campus mit Mensa und Dreifachturnhalle in einer Mischform aus Holz- und Betonbau. Ann Barbara Franzen (FDP, Niederweningen) hielt als Präsidentin der kantonsrätlichen Planungs- und Baukommission fest: «Es gibt in der Schweiz noch kein fertiggestelltes Projekt mit einer derartigen Konstruktionsform.»

Dank einem Atrium wird das Gebäude vom Erdgeschoss bis zum obersten Stock von Tageslicht durchflutet. Auf dem begrünten Dach ist eine Solaranlage vorgesehen, zudem ein Anschluss des Gebäudes ans Fernwärmenetz.

«Gute Architektur muss nicht teuer sein»

SVP und FDP wünschten Einsparungen. «Gute Architektur muss nicht teuer sein», sagte Simon Vlk (FDP, Uster). Er verwies auf einen Privatschul-Neubau, bei dem die Kosten pro Schulzimmer deutlich tiefer gelegen seien.

Zudem habe auch die kantonale Finanzkontrolle in einem



So soll der geplante Berufsfachschul-Neubau von aussen aussehen.

Visualisierung: Nightnurse Images

nicht öffentlichen Bericht ausführlich Stellung genommen zum geplanten Berufsfachschul-Neubau in Winterthur, deutete Vlk an. «Gewisse Einsparungsmöglichkeiten müssten vorhanden sein», meinte Walter Honegger (SVP, Wald).

Die Mehrheit hielt jedoch nichts davon. «Das Projekt wurde bereits optimiert», sagte Nathalie Aeschbacher (GLP, Zürich). Dabei seien die Kosten um sechs Millionen Franken gesunken.

«Wir können uns auch fragen, was uns die Berufsbildung wert ist», meinte Marzena Kopp

(Mitte, Meilen). Die Platznot in der heutigen Berufsfachschule sei gross und ein pünktlicher Baustart wichtig. Eine Kreditkürzung würde das Projekt verzögern und zusätzliche Kosten verursachen, so Kopp.

Kanton plant Bauprojekte für sieben Milliarden

Nebst Schulraum-Mieten würden auch zusätzliche Planungskosten anfallen, wenn SVP und FDP mit ihrer Kreditkürzung durchkämen, fügte Wilma Willi (Grüne, Stadel) an. «Das wäre kontraproduktiv.» Mitte, GLP, EVP, SP, Grüne und AL bodigten

schliesslich den Kürzungsantrag von FDP und SVP. Baudirektor Martin Neukom (Grüne) argumentierte ähnlich wie die Mitte-links-Parteien. Und gab zu bedenken: Schon heute müsse man von der Planung bis zur Eröffnung eines solchen Gebäudes einen Zeitraum von rund zehn Jahren überblicken. Würde der Kantonsrat diesen Zeitraum noch verlängern, stiege das Risiko, dass die getroffenen Annahmen bei der Eröffnung nicht mehr stimmen könnten.

Nebst dem Zusammenschluss der Winterthurer Berufsfachschul-Standorte gehe es auch

darum, das erwartete weitere Bevölkerungswachstum aufzufangen. Der Regierungsrat rechnet bis 2050 im Kanton Zürich mit einem Wachstum von heute 1,6 Millionen auf 2 Millionen Menschen.

Daher plane der Kanton Zürich in den nächsten zwölf Jahren Bauprojekte für insgesamt sieben Milliarden Franken; 80 Prozent davon entfallen laut Neukom auf den Bildungsbereich. Allein für das Forum UZH der Universität Zürich hat der Kantonsrat im Frühling knapp 600 Millionen Franken bewilligt.

Kantonsrat genehmigt neue Axpo-Verträge

Energie Der Zürcher Kantonsrat hat den neuen Axpo-Verträgen zugestimmt. Ein erster Versuch, einen neuen Aktionärsbindungsvertrag und eine Eignerstrategie durchs Parlament zu bringen, scheiterte 2021. Der Kantonsrat stimmte den neuen Verträgen gestern mit 172 zu 0 Stimmen zu. Die neuen Verträge sollen die über 100 Jahre alten Gründungsverträge der Nordostschweizerischen Kraftwerke (NOK), der Vorläuferin der heutigen Axpo, ablösen. Bis auf den Kanton Schaffhausen haben nun alle Axpo-Eigentümerkantone zugestimmt. An der ersten Lesung, die Ende Oktober im Zürcher Kantonsrat stattfand, wurde ein Rückweisungsantrag der AL abgelehnt. Verschiedene Punkte wurden eingehend diskutiert, Änderungsanträge wurden jedoch abgelehnt. (sda)

Coop schliesst sich Plastikrecycling an

Umwelt Coop beteiligt sich seit Samstag am Kunststoffrecycling der Stadt Zürich. Der Detailhändler ist nach Migros und Mr. Green das dritte Unternehmen, das mit Zürich eine Vereinbarung unterzeichnet hat. Vorerst können Kundinnen und Kunden ihren Plastikabfall in separaten Säcken in sechs Coop-Filialen abgeben, wie Entsorgung und Recycling Zürich (ERZ) mitteilt. Der Preis des Sammelsacks für Kunststoffverpackungen setzt sich aus einem Gebührenanteil gemäss der städtischen Abfallverordnung und den Herstellungskosten für den Sack zusammen. Der grösste Teil der Kunststoffverpackungen aus den Haushalten landet gemäss ERZ im normalen Hauskehricht. Im Durchschnitt enthält jeder Zürich-Sack über zehn Prozent Plastikabfall. Gesammelt werden nur Kunststoffverpackungen. Nicht Bestandteil der neuen Sammlung sind PET-Getränkeflaschen und andere Gegenstände aus Plastik wie etwa Spielzeuge oder Haushaltsartikel. (sda)

Die Kantonsapotheke heisst neu ZüriPharm AG

Die Verselbstständigung der Kantonsapotheke Zürich (KAZ) mit Sitz in Schlieren ist bald vollzogen. Per 1. Januar 2024 wird sie dem Universitätsspital Zürich (USZ) angegliedert. Dabei erhält sie einen neuen Namen: ZüriPharm AG. Der neue Name solle die Tätigkeiten verdeutlichen, also Herstellung, Beschaffung, Vertrieb, Abgabe von Arzneimitteln sowie Beratung, teilte die Gesundheitsdirektion gestern mit.

Für die Mitarbeitenden ergeben sich durch die Verselbstständigung keine wesentlichen Veränderungen. Anstellungsbedingungen wie Lohn, Lohnfortzahlung, Personalvorsorge und Kündigungsmodalitäten würden während dreier Jahre nicht

zuungunsten des Personals verändert.

Ende September hatte der Kantonsrat der Verselbstständigung und Angliederung ans USZ zugestimmt. Als Mitgift erhält die neue ZüriPharm AG 7,5 Millionen Franken bis Ende 2026. Das Geld wird für eine Neuausrichtung benötigt, weil der Betrieb neue Tätigkeitsfelder braucht.

Die Apotheke stellt nicht nur Medikamente für austretende Spitalpatientinnen und -patienten bereit, sie produziert pro Jahr unter anderem auch 46000 individuelle Krebstherapien und Therapien in Kleindosen, etwa für HIV-Positive. Diese sind oft wenig rentabel.

Im letzten Winter hatte der Kantonsrat bereits entschieden, dass die Grundversorgung mit Medikamenten keinesfalls privaten Unternehmen überlassen werden darf. Er lehnte den Verkauf der KAZ damals deutlich ab. An der Apotheke interessiert war ein «finanzstarkes Konsortium», dem unter anderem der ehemalige Mitte-Kantonsrat und Apothekerverbands-Präsident Lorenz Schmid angehörte.

Auch Gesundheitsdirektorin Natalie Rickli (SVP) war damals dagegen, die KAZ zum Verkauf auszusprechen. Es sei nicht klug, sich in einer Pandemie oder bei unrentablen Medikamenten auf ein privates Konsortium verlassen zu müssen. (sda)



Aus der Kantonsapotheke in Schlieren wird die ZüriPharm AG. Ab dem 1. Januar gehört sie zum Universitätsspital. Bild: Sandra Ardizzone

Gefährdete sollen sich impfen lassen

Coronavirus Besonders gefährdete Personen sollen sich gegen Covid-19 impfen lassen. Dies hat die Zürcher Gesundheitsdirektion gestützt auf die Empfehlung des Bundes empfohlen. Als gefährdet gelten Personen ab 65 Jahren, chronisch Kranke ab 16 Jahren und Personen ab 16 Jahren mit Trisomie 21. Für Personen ohne Risikofaktoren bestehe ein «sehr geringes Risiko» für eine schwere Erkrankung, teilte die Gesundheitsdirektion gestern mit. Die Zahl der Atemwegserkrankungen ist in den vergangenen Wochen deutlich gestiegen. Am häufigsten bei Arztbesuchen nachgewiesen werden das Coronavirus, Rhinoviren und Grippeviren. (sda)